

Riesenerfolg: Landrecht für Ureinwohner bestätigt

■ Gerichtsurteil widerspricht der staatlichen Rechtspraxis und gibt Hoffnung

Schritt für Schritt hat die Regierung Sarawaks in den letzten 15 Jahren die Rechte der Ureinwohner des Landes beschnitten, insbesondere deren Anspruch auf ihre traditionell genutzten Gebiete. Absicht der Regierenden war, ausreichend Fläche für Holzeinschlag und großflächige Entwicklungsprojekte zur Verfügung zu stellen, auch dann, wenn die traditionellen Besitzer gegen diese Entwicklung waren. Am 12. Mai des Jahres verkündete das Hohe Gericht Sarawaks ein Urteil, welches die Rechtsauffassung der Ureinwohner in weitestem Umfang bestätigt und erstmalig darauf basierend eine Firma zum Rückzug zwang.

Das Urteil wird hohe Wellen schlagen: In der 96-seitigen Begründung definiert Richter Chin über einen Ausflug in die Landesgeschichte den umstrittenen Begriff des Native Customary Rights (NCR) und kommt zum Schluss, daß auch Flussläufe und Kommunalwald zum traditionellen Besitz der Ureinwohner gehören. Von der Regierung werden seit Jahren nur im modernen Sinn 'bewirtschaftete' Flächen anerkannt. Vor allen Dingen befindet Richter Chin, daß die

Gesetzgebung der letzten Jahre die älteren Gesetze der Ureinwohner nicht ausgelöscht hat - daß deren Rechtsauffassung auch heute noch Bestand hat.

Angefangen hat der Streit wie so oft auch an anderen Stellen im Land: Vor zwei Jahren begann die Borneo Paper and Pulp Sdn Bhd (BPP) Regenwald zu roden, der im Gebiet der Ibangemeinschaft Rumah Nor lag. BPP hatte vom zuständigen 'Land and Survey Department' eine Lizenz zur Anlage einer Plantage mit schnellwachsenden Bäumen für die Papierproduktion erhalten. Weder die Bewohner von Rumah Nor noch andere Anwohner wurden informiert, daß eine 1 Millionen Hektar große Plantage geplant ist, oder

um Zustimmung gefragt. Als Rumah Nor-Bewohner den Schaden an ihrem Wald entdeckten, reichten sie Klage ein, um weitere Zerstörung zu stoppen und vielleicht auch eine Entschädigung zu erhalten.

Das Urteil von Richter Chin muß ein Schock für die Regierungs- und Unternehmensvertreter gewesen sein. In den letzten Jahren hatten Gesetzgebung und auch Gerichtsverfahren immer wieder industrielle Entwicklung gegenüber den Belangen der Ureinwohner bevorzugt.

Derzeit sind - auch mit finanzieller Unterstützung von Pro REGENWALD - rund 20 weitere Verfahren in Sarawak zu ähnlichen Fällen anhängig.



Auf Protest der Bewohner von Rumah Nor gegen BPP rücken zunächst Sicherheitskräfte an

Normalerweise ist Juli ein guter Monat. In den meisten Bundesländern beginnen oder sind Ferien - Grund zur Freude also. Daraus ist es diesmal für die Aktiveren unter uns nichts geworden. Dieser Juli wird als Flop-Monat in unserer Erinnerung bleiben. Das größte Ärgernis floppte in Bonn: Nach Den Haag eine zweite Klimakonferenz, die ein schlechtes Ergebnis noch schlechter macht und angesichts steigender Temperaturen dem Klima nichts gebracht hat. Fast zeitgleich das G8-Treffen in Genua. Über Beschlüsse ist nicht viel bekannt geworden. Themen waren u.a. Klimaschutz und die dringende Reform der Exportkreditversicherungen - bei uns Hermes. Außer Randalen und Spesen nichts gewesen?

Aus Sicht von Rodolfo Montiel und Teodoro Cabrera hat der Juli auch keine Veränderung gebracht. Gegen alle Erwartungen wurden sie nicht rehabilitiert. Weitermachen mit der Kampagnenarbeit also! Wenn da nicht auch noch der Teakskandal wäre, der an unsere Anfangszeit erinnert. Damals war klar, daß der Tropenholzhandel eine Mafia ohne Umweltinteresse ist. Ist es jetzt wieder so?
Ihr Pro REGENWALD - Team

■ Inhalt

- | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>2 Sarawak: Landrechtsanspruch gültig.</p> <p>3 Mexiko: Alte Garde hat immer noch die Kontrolle</p> <p>4 Indonesien: Ein Land hat seinen Wald abgewirtschaftet</p> <p>5 Teak: Plantagenteak aus Raubbau</p> <p>6 DEG-Skandal: Geld verdienen an Naturzerstörung</p> <p>7 Sojafront in Brasilien: Der Siegeszug der Sojabohne</p> <p>9 Unverbesserlich: Keine Entwarnung in Amazonien</p> | <p>10 Seminar: CO₂lonialismus - Nein Danke!</p> <p>11 Klima: Kyoto-Protokoll gerettet</p> <p>12 Brasilien: Kasernenbau gegen Indianer</p> <p>13 Praktikum: Mehr AktivistInnen braucht das Land!</p> <p>14 Kinderseite: Regenwald - manchmal noch Schule und ...</p> <p>15 Aus dem Büro/aus aller Welt</p> <p>15 Impressum</p> <p>16 Aktions-Tipp: Täglich klicken für den Regenwald</p> |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Ureinwohner jubeln: Landrechtsanspruch gültig

■ Mapping-Projekte und Prozesse sind langwierig, aber äußerst wirksam

Adat, das ungeschriebene Gesetz der Dayak-Völker Borneos, welches unter anderem das soziale Zusammenleben sowie Besitz- und Nutzungsrechte der Ureinwohner regelt, ist auch heute noch gültig. Zu diesem Schluss kam Richter Chin im Fall Rumah Nor gegen BPP. Obwohl das Urteil vom 12. Mai einen Präzedenzfall in der Geschichte Sarawaks darstellt, blieb das Echo in den durchwegs regierungstreuen Medien zunächst recht verhalten - aus gutem Grund, denn es stellt 30 Jahre Herrschaftsgebaren in Frage.

Zwei Jahre ließ sich das Gericht Zeit, sammelte Fakten, machte sich mit der Rechtsauffassung der Ureinwohner vertraut und verschob immer wieder anberaumte Termine. Mit der Urteilsverkündung kam dann der Schock für die Regierenden: Richter Chin urteilte, daß das Unternehmen BPP nicht das Recht hatte, den Rumah-Nor-Regenwald zu betreten bzw. ihn zu zerstören und daß ein vom Sarawak Land and Survey Department, der zuständigen Behörde, verliehener Besitztitel null und nichtig sei. Das Unternehmen muß seine Tätigkeit im umstrittenen Gebiet - immerhin 672 Hektar mittlerweile zerstörter Wald - mit sofortiger Wirkung einstellen und die Prozesskosten der Kläger übernehmen.

Die Brisanz des Urteils liegt in der Begründung. Richter Chin führt in seiner Urteilsverkündung - die in Englisch auf der *Pro REGENWALD*-Website eingesehen werden kann - aus, daß es im Verfahren darum ginge, die Rechte eines Iban an Land und Ressourcen, für die er keine schriftlichen Urkunden habe - die aber im mündlich überlieferten Adat beschrieben seien - zu klären. Dieser Umstand trifft für die meisten Ureinwohner im Land zu.

Nach Richter Chins Auffassung existierte das Rechtssystem (Adat) der Ureinwohner schon, als noch keine Fremden Herrschaft in Sarawak ausübten. Es handle sich um natürliche Rechte, die nicht im Nachhinein durch Gesetze beschnitten werden könnten. Damit unterstützt das Urteil eben auch das Besitzkonzept der Ureinwohner: Sie unterscheiden ihre Landnutzungsformen in *Temuda* (Fläche aktiv durch Kultivierung genutzt) und *Menoa* (Fläche passiv genutzt für Jagd,

Fischfang, Sammelwirtschaft, Ahnenkult usw.). Kurz: die Ureinwohner haben Anspruch auf das gesamte Gebiet um ihre Siedlungen - auch auf Wälder und Flussläufe, die nicht unbedingt nach unserer modernen Auffassung 'bewirtschaftet' sein müssen.

Bisher verlangte die Regierung von den Ureinwohnern den Nachweis ihres Rechtes auf ihr traditionell genutztes Land (NCR) - eine aufwändige und teure Prozedur, die sich kaum eine Community aus eigenen Kräften leisten konnte. Obwohl rund die Hälfte der Landesfläche Sarawaks theoretisch als NCR-Land den Ureinwohnern gehören würde, haben bisher erst wenige Dorfgemeinschaften Landtitel. Das Urteil vom 12. Mai dreht die Beweislast um: Jetzt müssen Eindringlinge beweisen, daß dort ansässige Ureinwohner keinen Anspruch auf das Land haben.

Das Urteil stellt die Entwicklung der letzten 30 Jahre auf den Kopf: Mit Sicherheit würde der Wald Sarawaks größtenteils noch intakt stehen - heute sind die Wälder bis auf spärliche 10 Prozent der Landes geplündert. Mit Sicherheit wäre das Land nicht überzogen mit unvorstellbar großen Palmölplantagen oder Monokulturen mit schnellwachsenden Baumarten. Die wenigen Unternehmerfamilien und Politiker hätten sich nicht in dem bekannten Maße bereichern können. So gehört der Umweltminister zu den größten Holzkonzessionären und der Chiefminister hat Millionen durch die Vergabe solcher Konzessionen eingestrichen.

Nicht überraschend also, daß die herrschenden Kreise den alten Zustand erhalten wollen und gegen das Urteil Berufung einlegen werden. Dabei sind sie aber arg in der Zwickmühle: Mit der Berufung würden sie offen dafür eintreten, den Ureinwohnern das Recht auf traditionell genutztes Land gerichtlich abzuerkennen. Ein äußerst unpopulärer Schritt kurz vor den Wahlen in einem Land mit über 50 Prozent Ureinwohnern.

Das Urteil vom 12. Mai lässt noch einen andern Weg zur Abschaffung des NCRs zu. Es müssten neue Gesetze verabschiedet werden, die explizit die Abschaffung der alten Gesetze zum Inhalt haben. Diese Möglichkeit scheint angesichts der Bevölkerungsverteilung ebenso unwahrscheinlich.

Ohne Vorarbeiten einiger NGOs - und



Rumah Nor hat Recht bekommen - der Besitz ist aber schon zur Wüste gemacht

die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland - wäre es nie zu dem Urteil gekommen. NGOs - im Fall von Rumah Nor war es Brimas, ein Projektpartner von *Pro REGENWALD* - organisierten die betroffenen Communities, klärten sie über ihre rechtliche Situation auf und halfen ihnen bei der Klageerhebung. Wichtiges schriftliches Beweisstück im Prozess war eine Karte, die unter der Leitung des Brimas-Mitarbeiters Samy Anak Ising in einem Mapping-Projekt erarbeitet worden war. Samy Anak Ising mußte drei Tage Kreuzverhör über sich ergehen lassen, bis die Gegenseite und der Richter von den Details und der Ausführung überzeugt waren.

Es ist zu erwarten, daß in zukünftigen Prozessen - es sind weitere ähnliche Fälle an Gerichten anhängig - Karten aus anderen Mapping-Projekten zum Erfolg führen. Die Strategie der NGOs in Sarawak scheint aufzugehen. Noch ist überhaupt nicht abzusehen, welche Folgen das Urteil vom 12. Mai in Sarawak haben wird. Ob Konzessionsgebiete an Ureinwohner zurückgegeben oder Entschädigungen fällig werden, ist noch offen. Sicher scheint nur, daß auch die Mittel die *Pro REGENWALD* in Mapping-Projekte gesteckt hat, eine gute Investition waren.

Mexiko: Alte Garde hat immer noch Kontrolle

■ Vincente Fox lässt Umweltschützer weiter im Gefängnis schmoren

Der Fall der beiden mexikanischen Landarbeiter Rodolfo Montiel und Teodoro Cabrera, die wegen ihrer Aktionen für den Schutz der Wälder im Gefängnis sitzen, wird zum Ärgernis. Ein Berufungsverfahren, welches im März endlich eingeleitet worden war, sollte Unrecht aus der Welt schaffen. Am 17. Juli jedoch wies das Gericht die Berufung ab und bestätigte die langjährigen Haftstrafen gegen die beiden Umweltaktivisten. Montiel war im August 2000 zu sechs Jahren und acht Monaten, Cabrera zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Lange hatte es so ausgesehen, als ob der neue Präsident Fox die Altlast aus Zeiten der Vorgängerregierung vom Tisch haben wollte. Patricia Espinosa, in Berlin residierende Botschafterin Mexikos, beruhigte UnterstützerInnen der Inhaftierten in einem Schreiben: "Unmittelbar nach seiner Amtsübernahme hat Präsident Vicente Fox den Innenminister angewiesen, eine Überprüfung beider Fälle zu erwirken. Diese Revision hat ergeben, daß die entsprechenden Akten Unregelmäßigkeiten aufwiesen. Aus diesem Grund hat das Innenministerium beschlossen, die Verteidigung von Herrn Cabrera und Herrn Montiel zu unterstützen und zu beraten, mit dem Ziel, ein Berufungsverfahren einzuleiten."

Entweder war die Repräsentantin Mexikos schlecht informiert - oder aber sie hat wissentlich nur die halbe Wahrheit geschrieben. Nach *Pro REGENWALD* vorliegenden Informationen hat schon frühzeitig der mexikanische Geheimdienst (CISEN) den Fall analysiert, um (auf Order von oben?) eine Gegenstrategie zur weltweiten Kampagne für die Befreiung Montiels und Cabreras auszuarbeiten.

Der Geheimdienst empfahl in einem 22-seitigen Bericht, mit einer Medienkampagne die angebliche Zugehörigkeit der Verurteilten zu einer Guerillagruppe und ihre angebliche Verwicklung in den

Drogenhandel herauszuheben. Dem Auslandssekretariat wurde empfohlen, internationalen Organisationen die Ungehaltenheit und Besorgnis der Regierung über die versuchte Einflussnahme auf den gerichtlichen Prozess mitzuteilen. Im übrigen kamen die Geheimdienstleute zum Schluß, daß ein Freispruch der Angeklagten 'als politischer Triumph über die staatlichen Autoritäten empfunden würde.'

Sesagt, getan: statt der zugesagten Unterstützung beantragte die Generalstaatsanwaltschaft die Bestätigung der Urteile und legte dazu entsprechende 'Beweise' vor. Die Beweise für die Folterungen der Verurteilten, die dem Ge-

richt von Mitgliedern der Dänischen Sektion der 'Ärzte für die Menschenrechte' vorgelegt wurden, beachtete das Gericht nicht. Man wolle das später prüfen, hieß es. Dabei waren die Vorwürfe der Folterung aber der Hauptgrund für die Wiederaufnahme des Verfahrens. Denn die früheren 'Geständnisse' der beiden Umweltschützer waren nur unter Zwang zustande gekommen, ein in Mexiko nicht übliches Verfahren.

Der Fall belegt, wie schlimm die menschenverachtenden Zustände in Mexiko immer noch sind. Korruption, Willkür, Unterdrückung der indigenen und der ländlichen Bevölkerung, Folter und Verfolgung unliebsamer Mitbürger gehören weiterhin zum Alltag. Von seinen großen Wahlversprechen zur Verbesserung dieser Zustände hat Präsident Fox bis heute nicht viel umgesetzt können. Leere Versprechungen und medienwirksame Auftritte - im Detail beißt sich der neue Saubermann Mexikos die Zähne aus. Vielleicht hat den hemdsärmelig anpackenden Ex-CocaCola-Manager die mexikanische Realität mit ihrer Oligarchie und den üblichen Regeln eingeholt.

Anfang März noch hatte Fox einen 'Nationalen Kreuzzug für das Wasser und den Wald' gestartet und seine Mitbürger aufgerufen: "Ich bin auf die Teilnahme und Unterstützung eines jeden von

euch angewiesen, alle MexikanerInnen, ... die Landarbeiter, die Lehrer, die Familienväter ..., damit wir gemeinsam unsere Naturschätze bewahren, das Wasser, den Wald."

Daß des Präsidenten versprochener Einsatz für Montiel und Cabrera doch zu keiner Aufhebung des nachgewiesener Maßen falschen früheren Urteils führte und stattdessen anderen Weisungen gefolgt wurde, weist darauf hin, wie wenig Hausmacht sich der mexikanische Präsident erarbeitet hat. Daß eine Freilassung der zu unrecht Verurteilten hin-fällig wird, weil es gilt, alte Seilschaften zu schützen, dokumentiert, daß die



Botschafterin Patricia Espinosa



Montiel (li.) und Cabrera (re.) im mexikanischen Gefängnis

alten Kräfte immer noch aktiv sind und sich durchsetzen können. Zu ähnlichen Ergebnissen führt auch die Analyse der 'neuen' Umgangsweise und Strategie in der Indigenenproblematik: Die alte Garde hat immer noch die Kontrolle.

Die letzte Hoffnung von Montiel und Cabrera konzentriert sich auf die Inter-amerikanische Menschenrechtskommission, denn von der mexikanischen Justiz und Regierung ist keine Gerechtigkeit zu erwarten. Die Anwälte der beiden bereiten gerade entsprechende Eingaben vor.

Wichtige Unterstützung muß jetzt von der internationalen Solidaritätsbewegung kommen:

Pro REGENWALD kontaktiert dazu Firmen, Tourismusunternehmen und Vereinigungen, die eine Beziehung zu Mexiko haben, um sie über den Missstand in Kenntnis zu setzen. Es gibt eine neue Eil-Aktion auf der Website und Unterschriftenlisten.

Spenden sollten unter dem Stichwort 'Rodolfo' eingezahlt werden

Indonesien: Ein Land hat seinen Wald abgewirtschaftet

■ Umweltorganisation WALHI fordert sofortigen Stopp des Holzeinschlags

Die indonesische Organisation WALHI forderte kürzlich die Regierung des Landes auf, den gesamten Holzeinschlag für drei Jahre auszusetzen. Diese Maßnahme würde der aufgeblähten Holz- und Papierindustrie den Rohstoff nehmen und zur Schließung vieler Betriebe führen. Doch nach Ansicht der anerkannten Umweltschützer kann nur ein Moratorium für Holzeinschlag den nötigen Freiraum schaffen, um den illegalen Holzeinschlag zu beenden und weitreichende Reformen umzusetzen. Wenig zuvor hatte ein Bündnis von über 140 Organisationen appelliert, angesichts der desolaten Lage im Land alle Zertifizierungsverfahren einzustellen, da für nichts garantiert werden könne. Die Regierung hat angekündigt, die Probleme abzustellen.

Indonesien verliert derzeit jährlich über 2 Millionen Hektar Regenwald. Schuld daran sind Holzeinschlag und Umwandlung von Wald in Agrarplantagen. Alleine für den Anbau von Ölpalmen wurden zwischen 1997 und 1999 jährlich 200.000 Hektar Wald gerodet, ihre Gesamtfläche liegt inzwischen bei etwa 3 Millionen Hektar. Ein Rückblick in die jüngere Geschichte des Landes zeigt: Waldzerstörung hat Tradition. Während der 32-jährigen Herrschaft Suhartos verlor Indonesien mindestens 40 Millionen Hektar Regenwald. Dies entspricht der Fläche Deutschlands und der Niederlande zusammen, schreibt das World Resources Institute in einer Studie über die Waldbrände und Forstpolitik Indonesiens.

Dabei hat sich Diktator Suharto während seiner Amtszeit sehr besorgt um die Wälder seines Landes gezeigt. In einer Regierungserklärung 1989 sagte er:

“Die indonesische Regierung schützt aus Überzeugung die natürlichen Ressourcen, um eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. Wir fühlen uns angespornt von unserer Verantwortung für die Erhaltung der natürlichen Umwelt, nicht nur im Interesse der heutigen, sondern auch zum Wohle kommender Generationen.”



Bob Hasan, heute Gefängnisinsasse durfte jahrelang gesellschaftliche Anerkennung als Mitglied des IOC genießen.

Neben dem uns bekannten politischen und wirtschaftlichen Chaos hat das Suharto-Regime den kommenden Generationen vor allem zerstörte Wälder hinterlassen. Um das Land zu entwickeln, wurde die Holzverarbeitende Industrie aufgebaut - ohne sorgfältige Planung,

mit Misswirtschaft und der üblichen persönlichen Bereicherung der Politikerfamilien. Heute stehen immense Überkapazitäten in der verarbeitenden Industrie einer schwindenden Rohstoffbasis gegenüber. Die Infrastruktur wurde über Jahrzehnte auch von der Europäischen Union und der Bundesrepublik Deutschland mit Millionenbeträgen gefördert. Europäische Firmen haben sich goldene Nasen verdient. Den Raubbau an den Regenwäldern hat dies noch beschleunigt. Allein die Zellstoff-Fabriken verbrauchen jährlich etwa 23 Millionen Kubikmeter Holz - mehr als aus den Wäldern theoretisch nachhaltig zu holen wäre. Rund 2 Millionen Kubikmeter, also nur 8% davon stammen aus Holzplantagen. Die Aufforstung der Kahlfleichen - eigentlich als Rohstoffquelle für die Papierindustrie geplant - geht zu langsam voran. Einer der Gründe: Die Anlage von Ölpalmen-Plantagen ist viel lukrativer als die Holzwirtschaft.

Mindestens 78 Millionen Kubikmeter Holz werden jährlich in Indonesien geschlagen - erlaubt sind nur 22 Millionen. Das bedeutet, daß von 10 gefälltten Bäumen 7 geplündert sind. Ursache für die katastrophale Lage ist das allgegenwärtige System von Korruption und Vetterwirtschaft. Seit 1971 wurden Einschlagsrechte für 51,5 Millionen Hektar Regenwaldflächen vergeben. Familienmitglieder des Suharto-Clans kontrollieren Lizenzen über 9 Millionen Hektar Regenwald.

Trotz der Umbruchssituation mit Chaos und Gewalt hat der Abgang des Suharto-Regimes einige Verbesserungen bewirkt. So wurde der Sperrholzfabrikant und Holzmagnat Bob Hasan, langjähriger Günstling Suhartos und einstiger Industrie- und Handelsminister, zu zwei Jahren Haft verurteilt, weil er 75 Millionen Dollar aus dem Aufforstungs-

fonds des Forstministeriums unterschlagen hatte. Und kürzlich gab der Chef der Nationalen Polizei bekannt, daß bei einer koordinierten Polizeiaktion auf Sumatra über 900.000 Kubikmeter geschmuggeltes Stammholz beschlagnahmt wurden.

Erfreulich ist vor allem, daß sich die Bedingungen für die Arbeit der indonesischen NGOs und Wissenschaftler deutlich verbessert haben. Jahrzehntelang waren unliebsame Nachrichten und Kritik systematisch unterdrückt worden. Nun kommen immer weitere Details über Ursachen und Hintergründe der Waldzerstörung an die Öffentlichkeit.



Longgana Ginting, Campaigner von WALHI, diskutiert mit europäischen Regenwaldschützern die desolaten Lage in Indonesien

Dies ist auch das Umfeld, in dem Organisationen wie WALHI mit Unterstützung und in Absprache mit Verbänden in den Industrieländern ihre Recherchen anstellen und Forderungen erarbeiten. Noch hat die indonesische Regierung nicht angemessen reagiert, die Probleme einzugrenzen - ein erster Schritt ist das Raminhandelsverbot..

Importverbot für Raminholz

Gemäß der UNO-Konvention über den Schutz gefährdeter Tier- und Pflanzenarten (CITES, Convention on International Trade in Endangered Species) sind ab 9. August 2001 in allen 153 Signatarstaaten, darunter auch Deutschland, Importe von Ramin in sämtlichen Formen verboten.

Grund für das totale Einfuhrverbot sind die illegalen Holzeinschläge in Indonesien. Ramin (*Gonostylus bancanus*) kommt in Sumpfwäldern vor und wurde zuletzt sogar aus Nationalparks gestohlen. Indonesien hat deswegen den Einschlag von Ramin und den Handel damit schon am 11. April untersagt. Wer heute Ramin kauft, muss damit rechnen, daß es aus illegalen Einschlägen in Indonesiens Nationalparks stammt. Besonders hart davon betroffen sind die Orang Utans, deren Lebensraum durch den Raubbau zerstört wird.

Alles Lüge: Plantagenteak jetzt doch aus Raubbau!

■ SmartWood wird indonesische FSC-Zertifikate für Teakholz aufheben müssen

Gut zwei Jahre lang haben Handel und einige Umweltverbände alles gegeben, um VerbraucherInnen den Unterschied zwischen gutem und schlechtem Tropenholz zu vermitteln. FSC-zertifizierte Teakgartenmöbel seien der Weg, die bedrohten Regenwälder zu retten. Eine Folge der Kampagne war, daß viele Käufer sich verwirren ließen und im Glauben, daß jedes Teakmöbel mittlerweile nachhaltig sei, hemmungslos jeden Ramsch kauften. Heute wissen wir, daß selbst die mit Siegel gehandelten Stücke größtenteils aus Raubbau stammen.

Was empfiehlt man VerbraucherInnen, die keine Gartenmöbel aus Raubbau kaufen wollen? *'Der einfachste Weg ist die Beachtung des FSC-Zertifikates, das die Einhaltung ökologischer und sozialer Mindeststandards garantiert.'* Rat schläge wie dieser sollen dem Kunden helfen, die richtige Wahl zu treffen. Auch einige Umweltverbände empfehlen: *'Auf FSC-Gartenmöbeln können Sie hingegen mit ruhigem Gewissen die lauen Sommerabende genießen.'* Oder: *'Einfach nicht kaufen genügt nicht! Verlangen Sie in den Geschäften FSC-zertifizierte Produkte.'*

Pro REGENWALD, selbst Mitglied im FSC, wollte es genauer wissen. Da wir



Zertifiziert? Zertifiziert und trotzdem Raubbau? Oder gleich Raubbau?

kaum Informationen über FSC-Plantagenteak hatten, hielten wir uns bisher mit Kaufempfehlungen zurück. Kürzlich befragten wir einen Baumarkt-konzern und die deutsche FSC-Arbeitsgruppe nach dem Unterschied zwischen

den nichtzertifizierten und den zertifizierten Teakplantagen. Wird auf Pestizide verzichtet? Ist garantiert, daß kein illegaler Holzeinschlag passiert? Werden soziale Kriterien wie die Zahlung von Mindestlöhnen erfüllt?

Viel erfuhren wir nicht. Von der Zentrale der Baumarktkette erhielten wir die lapidare Auskunft: 'Wir wissen nur, daß

das Siegel drauf ist.' Die FSC-Arbeitsgruppe Deutschland antwortete: 'Den genauen Unterschied zwischen konventionell bewirtschafteten und zertifizierten Plantagen können wir Ihnen leider auch nicht kompetent nennen. Wir sind hier keine Fachleute für derlei Fragen.' Man verwies uns an den zuständigen Zertifizierer: SmartWood. Die Informationslücke wurde geschlossen, als SmartWood einige Gartenmöbelhersteller einlud, um über den Stand der FSC-zertifizierten Teakplantagen in Indonesien zu berichten. Auch wir nahmen teil, um zukünftige Verbraucheranfragen kompetent beantworten zu können.

Was dann kam, überraschte auch uns. Der Bericht von SmartWood entwickelte sich zu einer schonungslosen Abrechnung mit der staatlichen indonesischen Forstfirma Perum Perhutani, die über 1 Million Hektar Teakplantagen bewirtschaftet. Auf den Plantagen grassiert der illegale Holzeinschlag, in manchen Distrikten bis zum siebenfachen der planmäßigen Jahresernte. Ein guter Teakstamm ist mehr wert, als das Jahreseinkommen vieler Familien - bei einem Tageslohn von 3 Mark kein Wunder. Um die riesige Nachfrage aus Europa zu decken, werden auch unreife Bäume gefällt. Mancherorts werden die Holzvorräte knapp und der Raubbau bedroht die Existenz eines ganzen Industriezweiges. Der Einschlag und die Vermarktung sind vollkommen außer Kontrolle geraten.

SmartWood wird um eine Aufhebung der FSC-Zertifikate nicht herumkommen. Die Plantagenbetreiberin Perum Perhutani hat die Zertifikate schon mit einem Vertrauensvorschuß erhalten und diesen unverfroren ausgenutzt. Mißstände wurden nicht abgestellt - sie haben sich verschlimmert. Unter dem Schutz des 'Ökosiegels' wurden Plantagen geplündert und das Holz verramscht - nicht anders als früher, da Holzhändler als Regenwaldzerstörer von Umweltverbänden gebrandmarkt wurden.

Die Aufhebung der Zertifikate würde bedeuten, daß innerhalb eines Jahres kein FSC-Teak aus Indonesien mehr verfügbar wäre! Ein Schock für die Gartenmöbelhersteller, die ihre Kataloge für die kommende Saison schon gedruckt und auf den Vermarktungs-

beschleuniger FSC-Siegel nicht verzichten wollen. Ob man die Sanktionen nicht aufschieben und auf Besserung hoffen könne. Vielleicht könnte man sich mit einem Zwischen-Zertifikat behelfen. Ob nicht die Bundesregierung oder SmartWood mit einem Brief an die indonesische Regierung und an Perum Perhutani appellieren könnten, den illegalen Holzeinschlag zu stoppen.

Die wirtschaftlichen Zwänge sind enorm: Anstelle ehrlicherweise auch auf jeden zertifizierten Stuhl einen Warnhinweis zu kleben *'Achtung, mit Ihrem Kauf unterstützen Sie höchstwahrscheinlich Waldzerstörung'*, soll Verbraucherbetrug weiterge-



Sehen Sie noch den Unterschied? Wir können Ihnen nicht weiterhelfen.

führt werden. Die Auswirkungen auf das Zertifizierungskonzept insgesamt sind nicht absehbar. Sowohl die Qualitätskontrollen des FSC als auch die Methodik und Praxis des Zertifizierers SmartWood im Besonderen müssen hinterfragt werden. Illegaler Holzeinschlag in den indonesischen Plantagen ist SmartWood schon seit Jahren bekannt - ein Weg dies abzustellen wurde nicht gefunden.

Doch die Übeltäter sitzen auch in Deutschland: Der Handel mit seiner Nachfrage nach nichtzertifizierten Gartenmöbeln hat den Anreiz verstärkt. Selbst solche Firmen, die FSC-Produkte im Angebot haben, verscherbeln oft billige Hehlerware und machen damit den zertifizierten Produkten aus besserer Bewirtschaftung noch Konkurrenz. Die alten Mechanismen und Verhaltensweisen der Firmen im Tropenholzgeschäft, wie sie zu Beginn der Kampagnen gegen die Regenwaldzerstörer enthüllt wurden, haben sich bis heute gehalten.

Die Bundesregierung sieht bis heute dem illegalen und waldzerstörenden Holzhandel zu. Jahrelange Lobbyarbeit für Gegenmaßnahmen waren fruchtlos - es bleibt allein bei den VerbraucherInnen: Kauft (wieder) kein Teak mehr!

DEG-Geschäfte: Geld verdienen an Naturzerstörung

■ Ein Darlehen zum Ausbau der Agroindustrie in Brasilien stößt auf Widerstand

Ein Kreditgeschäft der in Köln ansässigen Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG) zur Förderung des weiteren Ausbaus der Sojaproduktion in Brasilien ist von Umweltverbänden heftig kritisiert worden. Gemeinsam mit der niederländischen Rabobank gewährt die DEG der brasilianischen Maggi-Gruppe einen Kredit über 12 Mio US-Dollar und finanziert damit zur Hälfte neue Silos zum Lagern von Soja sowie Betriebsmittelkredite für Landwirte im Bundesstaat Mato Grosso.

Für die Sojaproduzenten in Brasilien kam die europäische BSE-Krise zum Jahreswechsel wie gerufen. Sie produ-

zieren den Stoff, den die Mastfabriken nach dem Tiermehlverbot in europäischen Futtermitteln händelnd suchen: Eiweiß. Dies in



Blairo Maggi

Form der Sojabohne und mit einem Riesenvorteil gegenüber der amerikanischen Konkurrenz: ohne Gentechnik. Naheliegender also, daß die DEG, die obwohl sie als staatliche Einrichtung einen besonderen entwicklungspolitischen Auftrag hat, sich primär als Bank gebärdet und Gewinnchancen für ihre Investition sieht.

Was für die DEG eine pfiffige Antwort auf die Eiweißversorgungskrise sein sollte, war und ist für Umweltschützer eine ökologische und soziale Katastrophe und - wirtschaftlich gesehen - auch überflüssig. Den Kredit, von dem die erste Hälfte schon im Dezember 2000 ausgezahlt wurde, erhält das Unternehmen Sementes Maggi, eine 100%ige Tochter des brasilianischen Maggi-Konzerns. Diese Firmengruppe wurde vom Firmenbegründer Andre Maggi in den letzten 20 Jahren zum weltweit wahrscheinlich größten Sojaproduzenten ausgebaut. Das Unternehmen gilt als treibende Kraft bei der Industrialisierung der brasilianischen Landwirtschaft und stellt die Speerspitze beim Vordringen der Agrarfront in das Amazonasgebiet dar - wahrlich kein bedürftiger Empfänger für Entwicklungsgelder.

Die (Ein-) Sicht der DEG ist beschränkt. Einer Pressemitteilung vom 13. März und späteren Äußerungen ist zu entneh-

men, daß es wenig verwerflich sei, einige Sojasilos und Betriebsmittel für Bauern vorzufinanzieren, daß in der Region keine Gefährdung oder Rodung von Regenwald gebe und daß standortgerecht gedüngt werde - was das auf nährstoffarmen Böden auch immer zu bedeuten hat.

Der Umweltschützer Mauricio Calinkin von der brasilianischen 'Fundação Cebrac', der seit Jahren mit dem Dachverband 'Rios Vivos' gegen den umweltzerstörerischen Ausbau der Wasserstraßen zum Zweck des Sojaexports kämpft, kritisiert die Kreditvergabe: 'Es ist unverantwortbar, dass die DEG als staatliche Bank mit Entwicklungsauftrag einen Kredit an Maggi, den größten individuellen Sojaproduzenten Brasiliens, vergibt, ohne sich im Vorfeld ein genaues Bild über die Aktivitäten dieses Unternehmens im ganzen Land zu verschaffen. Ein Silo ist schließlich nicht nur ein Silo - durch derartige Projekte werden Anreize zur weiteren Expansion des Sojaanbaus in Brasilien geschaffen. Leider hat sich die DEG bei ihrer Prüfung des Kreditantrages nur die direkten ökologischen und sozialen Folgen an der Baustelle angesehen, nicht jedoch die Entwicklungslogik, die dahinter steht.'

Dabei könnten es die Banker der DEG besser wissen, denn es ist ausreichend dokumentiert: Die Sojafront rückt in immer neue - ökologisch oft äußerst wertvolle - Gebiete vor, wie den artenreichen Cerrado, und bedroht auch schon den Regenwald direkt. Neue Sojaanbaugelände haben den massiven Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zur Folge, die wiederum den Zugang zu bisher abgelegenen Regionen ermöglicht. Und schließlich verdrängt die hochmechanisierte Sojawirtschaft Kleinbauern, die in die Städte oder in Regenwaldgebiete abwandern.

Die Landlosenbewegung MST beklagt, daß der Sojaboom immer mehr zu Lasten des Anbaus von Lebensmitteln für die brasilianische Bevölkerung geht. Rund 20 Prozent der brasilianischen Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze, und etwa die Hälfte der Bevölkerung leidet an Mangel- oder Fehlernährung. Gut ein Viertel des brasilianischen Ackerlandes, mehr als 13 Millionen Hektar, sind mit Soja bestellt, welches überwiegend für den Export produziert wird.

Bisher noch macht die DEG damit Werbung, in 'rentable, ökologisch und sozial tragfähige Projekte' zu investieren. Ob die Banker im Fall des Soja-Kredits nur schlampig recherchiert haben und dadurch der Maggi-Gruppe auf dem Leim gegangen sind, oder aber ob das umstrittene Engagement doch mehr der Geschäftsphilosophie und dem wahren Entwicklungsleitbild der DEG entspricht, ist unbedeutend: Das Geschäft hätte nicht zustande kommen dürfen.



Wo die DEG steht, wird sich u.a. daran zeigen, mit welcher Begründung die zweite Rate des Kredits ausgezahlt wird und was der DEG einfällt, für eventuelle soziale oder ökologische Folgeschäden des Geschäfts aufzukommen. Falls nicht, sollte Unternehmen wie der DEGmbH die Lizenz zum Geschäftemachen mit beschränkter Haftung entzogen werden.

Der Siegeszug der Sojabohne

■ ... oder wir mästen unsere Viecher immer häufiger am Amazonas

Soja ist das meistgehandelte Landwirtschaftsprodukt auf dem Weltmarkt. Die Nachfrage stieg in den letzten Jahren ständig - und seit dem Tiermehlverbot in Futtermitteln gibt es überhaupt kein Halten mehr. Die Konsequenzen für Savannengebiete Regenwälder, sowie Kleinbauern und Indianervölker in Brasilien sind nicht vertretbar.

Als Andre Maggi über die weite Ebene blickte, da wurde ihm klar: Ich werde reich sein. Sehr reich und sehr mächtig.

Maggi war damals schon 57 Jahre alt. Doch er wollte es noch mal wissen. Er hatte eine Vision. Er war in diese Gegend gekommen, um

Land zu kaufen, viel Land. In der Region *Chapada dos Parecis* mitten in Brasilien lebten damals nur wenige Kleinbauern und einige Pareci-Indianern.



Andre Maggi (rechts)

Die abgelegene Ebene am Südrand des Amazonasbeckens war kaum erschlossen. Das Land war extrem billig.

“Ich habe sofort erkannt, daß ich in *Chapada dos Parecis* die billigsten Sojabohnen der Welt produzieren kann”, sagte Maggi. Anders als die wenigen Farmerfamilien, die in der Gegend lebten, brachte er einen unbedingten Willen zum Erfolg mit. Und das Wissen, wie man Landwirtschaft im großen Stil betreibt: Mit modernen Maschinen und einer Vielzahl von Chemikalien.

Andre Maggi hat es geschafft. In nur 15 Jahren ist er zum größten Sojabohnenproduzenten der Welt aufgestiegen. Nach seinem Tod im April ist jetzt sein Sohn Blairo auf dem besten Wege, noch mächtiger und reicher zu werden als er. Der Reichtum der Maggi-Familie kommt nicht von ungefähr. Vor wenigen Jahrzehnten war Soja außerhalb Asiens praktisch unbekannt. Heute ist es das bedeutendste Landwirtschaftsprodukt, das auf dem Weltmarkt gehandelt wird. Der Grund: Seit den 70er Jahren leisten sich die Bewohner der Industrieländer öfter Fleisch. Längst reicht die Landfläche in vielen dieser Länder

nicht mehr aus, um alle Rinder und Schweine zu ernähren. Das Futter für die Mast kommt aus Übersee. Es ist vor allem Soja. Zwei Drittel der Welt-Sojaernte werden als Tierfutter verwendet.

Die Nachfrage nach Soja steigt: Im letzten Jahrzehnt jährlich durchschnittlich um zehn Prozent. Die Sojafelder dehnen sich immer weiter aus. In Brasilien spricht man von der *Sojafront*. Eine Front, die von Süden aus immer weiter in den Amazonas-Regenwald vordringt. In den nächsten zwei Jahren will die brasilianische Regierung den Sojaexport verdreifachen. Das bedeutet: Es werden zusätzlich 26 Millionen Hektar Land benötigt. Eine Fläche so groß wie Westdeutschland.

Die Sojafarmer haben bereits große Teile der Savanne und der Waldgebiete im Bundesstaat Mato Grosso zerstört, am Südrand des Amazonasbeckens. Die Landschaft ist zu einem weiten grünen Meer von Sojapflanzen geworden. Die Monokultur wird nur von einigen Waldinseln durchbrochen: Es sind die offiziell anerkannten Indianergebiete.

Die Plantagen dringen aus der trockenen Savanne immer weiter Richtung

Infrastruktur zerlegt Savannen, Regenwald und Indianergebiete

Die Ausweitung des Sojaanbaus in neue Regionen geht mit massivem Infrastrukturausbau einher. Soja soll möglichst kostengünstig zu den Exporthäfen gebracht werden - billiger als es den US-amerikanischen Produzenten möglich ist. In Brasilien werden dazu Pisten durch den Regenwald geschlagen und mehrere Flusssysteme zu Wasserstraßen ausgebaut. Sind diese Transportwege erst gebaut, werden bisher unerschlossene Gebiete entlang der Routen zusätzlich attraktiv für den Sojaanbau, aber auch für Holzschlag und Abbau von Bodenschätzen. Außerdem steigt dort das Waldbrandrisiko.

Seit März 1997 wird Soja aus der Gegend von Sapezal in Mato Grosso, dem Zentrum des Sojaanbaus von Maggi Sementes, auf rund 150 LKWs pro Tag nach Nordwesten über die BR-364 zum Hafen von Porto Velho am Madeira-Fluss im Bundesstaat Rondônia gefahren. Dort wird das Soja auf Lastkähne verladen, die es über die 1997 fertiggestellte Hidrovia Madeira 1.000 km weit nach Nordosten bis Itacoatiara im Bundesstaat Ama-

zonas (an der Mündung des Madeira in den Amazonas gelegen) zum neugebauten Sojaterminal transportieren, wo das Soja auf Schiffe zum Export verladen wird. Nach weiteren 1.000 km den Amazonas abwärts erreichen die Schiffe den Atlantik.

Der riesige Einzugsbereich des Madeira ist durch den Ausbau für das exportorientierte Agrobusiness interessant geworden. Als nächstes soll die Gegend um Humaitá, ein Grasland im Süden des Bundesstaates Amazonas, mit Soja bebaut werden. Der Maggi-Konzern forciert bei Novo Aripuana und auch um Itacoatiara den Sojaanbau - mitten im Regenwald. Drei Beispiele von Orten entlang der Hidrovia Madeira, die deutlich machen, wie Infrastrukturmaßnahmen eine weitere Zerstörung des Regenwaldes direkt zur Folge haben. Der Ausbau des Madeira-Flusses zur Hidrovia erforderte Investitionen von ca. 30 Millionen US-Dollar, wovon Maggi 16,6 Millionen US-Dollar aufbrachte und die Bundesstaaten Amazonas und Rondônia die restliche Summe. Geplant ist, die Straßenverbindung BR-163 von

Cuiabá nach Santarém besser auszubauen, um Soja aus Mato Grosso auf dem Landweg nach Norden bis zum Amazonas ohne den Umweg über Rondônia transportieren zu können. Davon wären etliche Gebiete der indigenen Bevölkerung tangiert.

In Santarém ist seit Mai 2000 ein von Maggi finanziertes Sojaterminal mit 75.000 Tonnen Kapazität in Betrieb. In Itaituba (südwestlich von Santarém an der Kreuzung der Transamazônica mit dem Tapajós-Fluss verkehrsgünstig gelegen) soll ein Terminal gebaut werden, um einerseits auch in dieser Gegend den Anbau von Soja einzuführen und andererseits Soja aus Mato Grosso zu verladen.

Der Ort Sorriso, ebenfalls ein Standort für ein neues Silo des DEG-Projektes, liegt direkt an dieser Straße von Cuiabá nach Santarém. Die DEG-Investition erhöht u.a. unmittelbar den politischen Druck, den Ausbau der BR-163 voranzutreiben und trägt dazu bei, die gesamten Investitionen rentabler zu machen.

Norden vor, in den Regenwald des Amazonasbeckens. Die Behörden versprechen, daß sie keinen Sojaanbau im Regenwald zulassen werden. Doch in der Vergangenheit haben sie wenig getan, um die Savanne, den artenreichen *Cerrado* zu schützen.

Sojaplantagen dringen meist in Regionen vor, die von Kleinbauern der 'Wildnis' abgerungen, also kultiviert sind. Dadurch werden die Kleinbauern wieder verdrängt, oft in Regenwaldgebiete. Denn auf den Sojafeldern gibt es praktisch keine Arbeit für die Kleinbauern. Auf den Sojaplantagen in brasilianischen Bundesstaat Maranhão beispielsweise bewirtschaftet ein einziger Arbeiter eine Fläche von 167 Hektar. Dagegen kann sich eine mehrköpfige brasilianischen Kleinbauernfamilie von wenigen Hektaren ernähren. Millionen von Kleinbauern sind durch die Ausdehnung

(COPASA), angeführt von der Maggi-Familie, Bauern aufgefordert, in die Region Novo Aripuanã im Amazonasbecken zu kommen und dort Wald zu roden. Später sollen dort Sojabohnen angebaut werden. Bisher sind 85.000 Hektar Wald zerstört worden. Der US-Ökologe Philip Fearnside hat eine Studie zu den Folgen des Sojaanbaus in Brasilien veröffentlicht. Er meint, die Zuwanderer würden ausgenutzt: "Es ist unklar, was aus ihnen wird. Denn sobald auf dem gerodeten Land Sojabohnen angebaut werden, braucht man kaum noch Arbeitskräfte."

Das ist bei Soja anders. Darum hat schon die Militärregierung in den 70er Jahren den Sojaanbau gefördert - in der Hoffnung, mit den Erlösen die wachsenden

Brasilianisches Soja keine nachhaltige Alternative

Brasilianisches Soja soll den europäischen Eiweißhunger stillen. Ein Riesengeschäft für Produzenten, für Banken und für die Handelsunternehmen, für die dieser durch BSE-Skandal geförderte Boom nur eine kleine Korrektur auf dem Weg zur totalen globalen Agroindustrie darstellt. Verlierer gibt es nicht - zerstörte Ökosysteme, verdrängte Kleinbauern und unterdrückte Indianervölker haben kaum eine Stimme, und ob die industrielle Sojaproduktion langfristig nachhaltig ist, wird nicht diskutiert. Dabei wäre geringerer Fleischkonsum bei uns sogar ein Segen für Umwelt und Gesundheit. Wo aber setzt sich Vernunft durch, wenn kurzfristig Geschäfte gemacht werden können?

Auswirkungen auf Indigene Völker

Die Sojafront überrennt und schädigt in zunehmenden Ausmaß auch die Indigenen Völker. Das 742.000 Hektar große Stammesgebiet der Enawene Nawe im Bundesstaat Mato Grosso stellte für Maggi kein Hindernis dar: Der Konzern plante 1998 eine Straße, die auf einer Länge von 80 km durch das Stammesgebiet führen sollte, um das bei Sapezal angebaute Soja auf kürzeren Wegen direkt nach Humaitá an der Hidrovia Madeira zu bringen. Die Straßenbaumaßnahmen durch das Indianergebiet wurden auf 25 km ohne behördliche Genehmigung begonnen - bis ein Gericht den Bau vorübergehend stoppte.

Die Enawene Nawe zählen zu den Völkern, die bis vor kurzem noch kaum Kontakt mit Weissen hatten. Seit die Enawene Nawe durch die Erschließung ihres Gebietes vermehrt Kontakt mit der "Zivilisation" hatten, starben einige an bis dahin unbekanntem Krankheiten wie z.B. Lungenentzündung.

Eine andere Strategie wurde bei Pareci und Nambiquara verfolgt: durch Überredungskunst und kostenlos zur Verfügung gestellte Traktoren sollten diese Völker, deren Gebiete bisher die Grenze für die Expansion in der Chapada dos Parecis darstellten, für den Sojaanbau gewonnen werden. Sie pflanzen nun bereits seit einiger Zeit selbst Soja an oder verpachten ihr Land an Sojabauern. Die Pareci bereuen ihre Entscheidung inzwischen und raten den benachbarten Enawene Nawe, ihre Fehler nicht zu wiederholen. Auch die Nambiquara stehen dem Sojaanbau inzwischen kritisch gegenüber und klagen über weniger, kleinere und manchmal missgebildete Fische in ihren Flüssen und über diverse Krankheitssymptome bei sich selbst, die sie auf die Agrargifte zurückführen.

der Sojaanbaufläche vertrieben worden, manche sogar mehrmals.

Meist zerstört der Sojaanbau den Regenwald indirekt, manchmal sogar direkt: Vor zwei Jahren hat die *Kooperative der Soja-Produzenten von Amazonien*

Was die Sojabohne gefährlich macht für den Regenwald, ist die wirtschaftliche Macht, die hinter ihr steht. Die Sojafront wird von weltweiten Marktkräften vorangetrieben, da Soja auf dem Weltmarkt stark nachgefragt wird. Das ist ein großer Unterschied zu anderen Landnutzungen im Amazonasgebiet, die bisher den Regenwald bedrohen. Die wirtschaftlichen Interessen, die beispielsweise hinter der Viehzucht stehen, sind weitaus schwächer, urteilt Philip Fearnside: "Die Viehzucht im brasilianischen Amazonasgebiet wurde vor allem durch zweitrangige Interessen vorangetrieben.

Mit der Viehzucht konnte man Besitzansprüche auf das Land anmelden, um damit zu spekulieren - und zusätzlich noch Steuervergünstigungen kassieren."

Mit Viehzucht konnte Brasilien auf dem Weltmarkt nicht viel Geld verdienen.

Auslandsschulden abtragen zu können. In den letzten 25 Jahren sind große Summen aus den Staatskassen in den Sojaanbau geflossen: Steuererleichterungen, Subventionen, Gelder für Straßen- und Kanalbau, Pestizide, Dünger und Forschung. Auch die Weltbank, Japan und China haben Sojaanbau in Brasilien gefördert. Heute produziert Brasilien ein Viertel der Welt-Sojaernte. Nur die USA produzieren mehr, nämlich die Hälfte der Welternte. Mit keinem Exportprodukt nimmt Brasilien mehr Geld ein als mit Soja, welches 10 Prozent der Einnahmen ausmacht.

Die Sojabarone Brasiliens sind mächtig. An ihrer Spitze steht noch immer der Maggi-Clan. Andre Maggis politische Macht begann in der Provinz, aber sie begann absolut: Für seine Sojaplantagen in Chapada dos Parecis gründete er eine eigene Stadt namens Sapezal. Wenig verwunderlich, daß er 1996 zum ersten Bürgermeister gewählt wurde. Mittlerweile hat sein Sohn Blairo die Führung übernommen. Blairo wird wohl noch mächtiger werden als sein Vater. Er ist bereits Senator und wird in zwei Jahren voraussichtlich als Gouverneur des Bundesstaates Mato Grosso kandidieren.

Die politische Macht der Sojabarone birgt zusätzliche Gefahren für den Regenwald. Der Ökologe Philip Fearnside warnt: "Andere Landnutzungen wie Viehzucht verschlingen ebenfalls große Flächen. Doch nur die Sojafarmer haben das politische Gewicht, die Regierung zum Ausbau der Verkehrswege zu drängen. Und diese Verkehrswege werden andere zerstörerische Aktivitäten nach sich ziehen."

Unverbesserlich: Keine Entwarnung in Amazonien

■ Agrarlobby torpediert erneut brasilianisches Waldgesetz

Für 69 Prozent der Bevölkerung Amazoniens ist Regenwaldschutz wichtiger als wirtschaftliche Entwicklung. Wer nun denkt, Walderhaltung sei in Brasilien auch gesellschaftlich akzeptiertes Ziel, der muß genauer hinsehen: der Einfluss der Mehrheit auf die Gesetzgebung ist verschwindend gering - während ein paar tausend Großgrundbesitzer und Entwicklungsprofiteure das Ende der Regenwälder längst beschlossen haben und kaum zu stoppen sind.

Zum wiederholten Mal versuchen die Agrar-Lobbyisten - angeführt vom PMDB-Abgeordneten im brasilianischen Kongress, Moacir Micheletto, eine Änderung des Forstgesetzes zu ihren Gunsten durchzusetzen. Dabei geht es ihnen darum, mehr Land für ihre Pläne verfügbar zu machen - besonders solches, welches heute durch das Gesetz



Moacir Micheletto

noch geschützt ist. Ihrer Argumentation nach ist die wirtschaftliche Entwicklung Amazoniens nur durch die Ausweitung der Viehzucht und die Anlage großer Baumwoll- und Sojaplantagen möglich - wobei sie dabei wohl eher an die Entwicklung ihrer Reichtümer denken.

Das Forstgesetz wurde 1965 verabschiedet und ist zum Hauptinstrument der brasilianischen Landnutzungsplanung geworden. Es regelt den Schutz und die Nutzung aller brasilianischer Wälder und Savannengebiete. Für die Großgrundbesitzer ist es ein Hindernis, denn bisher schreibt es vor, daß von privatem Landbesitz nur 20 Prozent ursprünglicher Ökosysteme in Agrarflächen umgewandelt werden dürfen. Schon 1999 brachte Micheletto einen Gesetzesänderungsantrag ein, der 50 Prozent Umwandlung zulassen sollte. Etwas später wurde ein Vorschlag diskutiert, der 80 Prozent Zerstörung zulassen sollte - aus dieser Zeit stammen auch Protestmails, die davon sprachen, daß Brasilien ein Gesetz zur Zerstörung seiner Regenwälder verabschieden würde. Die Anträge wurden im Kongress wegen der Empörung in der Bevölkerung und internationalen Protesten abgelehnt.

Im März 2000 hatte der Nationale Umweltrat Brasiliens (CONAMA) einen eigenen Vorschlag zur Änderung des Waldgesetzes vorgelegt - der im Wesentlichen eine Beibehaltung der alten Regelungen bedeutet. Der Vorschlag ist Ergebnis von 30 öffentlichen Anhörungen in 20 Bundesstaaten des Landes, an denen 730 verschiedene Organisationen beteiligt waren. Der CONAMA-Vorschlag wird auch von 260 brasilianischen NGOs unterstützt, die die SOS-Wälder-Kampagne gestartet hatten um gegen Michelettos Vorhaben zu protestieren.

Trotz der breiteren gesellschaftlichen Unterstützung wird es der CONAMA-Vorschlag nicht leicht haben. Die Agrar- und Entwicklungslobbyisten haben in den entscheidenden Kammern und Gremien Übermacht. Dazu verkompliziert die politische Realität in Brasilien den Sachverhalt - häufig hängt das Abstimmungsverhalten stark vom Tagesgeschehen ab. Letzten Sommer konnte das Forstgesetz nur gehalten werden, weil es bei der geforderten Heraufsetzung des Mindestlohns zu einem Kuhhandel gekommen war - und dabei Soziales gegen Umwelt ausgespielt wurde.

Während die Diskussion um die Forstgesetzesänderung gewisse Beachtung in der Öffentlichkeit findet, droht den Amazonaswäldern Gefahr aus ganz anderer Ecke: Mit dem Programm Avanca Brasil ("Vorwärts Brasilien") plant die Regierung den generalstabsmäßigen Angriff auf die Regenwälder. Die überwiegend privat zu finanzierenden Projekte sollen - mit Rückendeckung von Seiten der Regierung - in Amazonien die Bereiche Land-, Forst-, Holzwirtschaft und Bergbau entwickeln. Avanca Brasil wird für den Zeitraum von 2000 bis 2007 Investitionen in Höhe von etwa 40 Milliarden US-Dollar für den Ausbau der Infrastruktur des Amazonasgebietes bereitstellen. Es sollen 8.000 Kilometer Straßen, 3.000 km Wasserstraßen, zehn neue Häfen, vier Flughäfen, sowie Gaspipelines und Kraftwerken gebaut werden.

Die Folgen für den Regenwald wären nach Einschätzungen einer gemeinsamen Arbeitsgruppe brasilianischer und US-amerikanischer Wissenschaftler katastrophal. Die Mitarbeiter des Nationalen Amazonasforschungsinstitutes INPE und des Smithsonian Tropical



Research Institute legten kürzlich eine Studie vor, in der sie die Auswirkungen von Avanca Brasil auf den Regenwald abschätzen. Wird das Programm umgesetzt, würde die Fläche des intakten Regenwaldes nach einer optimistischen Schätzung in 20 Jahren auf 27,6 Prozent der Fläche Amazoniens schrumpfen. Für wahrscheinlicher halten die Forscher aber, daß nur 4,7 Prozent der Urwälder die nächsten zwei Jahrzehnte überleben werden. Alle anderen Wälder würden durch Rodungen, Holzeinschlag, Bergbau und Erschließungsprojekte entweder total zerstört oder stark degradiert.

Es könnte noch viel schlimmer kommen: Der Regenwald Amazoniens ist ein sich selbst erhaltendes Ökosystem. Vom Atlantik her wehen die Passatwinde Regenwolken westwärts nach Zentralamazonien. Ein Großteil der Niederschläge wird von der dichten Waldvegetation an die Atmosphäre abgegeben. Sie werden weiter ins Landesinnere verfrachtet, wo sie erneut abregnen. Bis zu siebenmal wird das Wasser auf diese Weise recycelt. Werden aber große Teile des Regenwaldes im Osten Amazoniens gerodet, fließt der Niederschlag ungenutzt wieder ins Meer. Die Wälder Zentralamazoniens trocknen aus und werden anfälliger für Waldbrände.

Keiner weiß, wann das System zusammenbricht. Angesichts dieser Umstände ist unverständlich, warum eine weitere Zerstörung der Wälder überhaupt noch zugelassen wird. Die Forderung müßte lauten: kein Hektar weiter darf fallen!

Seminar: CO₂lonialismus - Nein Danke!

■ Umweltverbände lehnen Forst- und Plantagenprojekte im Kyoto-Protokoll ab

Im Vorfeld der Bonner Klimakonferenz haben Verbände der AG Wald die Anrechnung von Forst- und Plantagen-Projekten im Rahmen des Kyoto-Protokolls abgelehnt. Ein entsprechendes Positionspapier wurde während der Klimakonferenz veröffentlicht. Das Papier war Ergebnis eines Seminars, das Pro REGENWALD als Koordinationsstelle der AG Wald zuvor organisiert hatte. Das Positionspapier dient nach (oder gerade wegen) dem enttäuschenden Klimakompromiss von Bonn als Orientierung für den Umgang mit umstrittenen Wald-Projekten.

Einige Wochen vor dem Seminar hatte uns ein Autohändler ein interessantes Kooperationsangebot unterbreitet. Jeder Autokäufer sollte eine Zertifikat über die Bindung der Menge CO₂ erhalten, die beim Verbrauch von Treibstoffen für

schuldern gemacht. Wenn heute aufgeforstet werden soll und muß, dann muß zuerst diese Schuld abgetragen werden. Die CO₂-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe können durch Maßnahmen, wie Aufforstungen oder Walderhaltung nicht kompensiert oder damit verrechnet werden. Die erhöhte Klimawirkung der CO₂-Konzentration kann nur durch sofortige Verbrauchsminderung gesenkt werden - alles andere entlastet das System nicht. Entsprechende Aufklärung mit dem Ziel, den Verbrauch und die gesamte Fahrleistung zu reduzieren, gehört zu den sinnvollsten Geschenken, die ein Autohersteller oder -Händler seinen Kunden auf den Weg mitgeben kann.

Zum Seminar: Die Teilnehmer sprachen sich gegen die Einbeziehung von Wäldern als Treibhaus-Senken und den Handel damit im internationalen Klimaabkommen aus. Es ist zwar dringend nötig, Wälder zu schützen und Kahlfächen wieder zu bewalden. Doch dies ist eine Verpflichtung, die mit jedem Stück zerstörten und degradierten Waldes größer wird. Für den Klimaschutz wirksamer sind drastische Energieeinsparungen und die schnellstmögliche Abkehr von fossilen Energieträgern. Beide Aufgaben müssen für sich umgesetzt werden. Wer nur eine dieser Verpflichtungen erfüllt, erhält dadurch kein Recht, sich vor der anderen zu drücken.

Der Illusion, daß sich die Konferenzteilnehmer in Bonn aufgrund des Positionspapieres zu einer vernünftigen Entscheidung durchringen könnten, gaben wir uns nicht hin. Es war allen klar, daß sich die Einbeziehung von Wäldern kaum verhindern lassen würde, dazu waren die politischen Widerstände zu groß. Dennoch ist es wichtig, klar Stellung zu beziehen und auf die negativen Folgen einer solchen Klimapolitik auf die betroffenen Menschen, Wälder und das Klima hinzuweisen.

Die Forderungen

1. Für einen wirksamen Klimaschutz sind drastische Energieeinsparungen und die schnellstmögliche Abkehr von fossilen Energieträgern (Kohle, Erdöl, Erdgas) Voraussetzung. Gleichzeitig muss die Nutzung regenerativer Energiequellen gefördert werden. Die umweltschädliche und politisch nicht akzeptable Atomenergie ist keine Alternative.
2. Wir lehnen die Anrechnung von Wäldern als Treibhaus-Senken und den Handel damit im internationalen Klimaabkommen ab. Wir fordern, den Wald- und Forstbereich von den Verpflichtungen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen strikt zu trennen. (Wieder-) Aufforstungen und Plantagenprojekte können die Treibhausgase, die zur Zeit durch die Verfeuerung der in Jahrmillionen gebildeten Kohlenstoffvorräte in die Atmosphäre gelangen, weder einlagern noch dauerhaft binden.
3. Der Schutz von Primärwäldern und Urwäldern mit ihrer biologischen Vielfalt muss vorrangiges Ziel der Umwelt- und Entwicklungspolitik sein. Sie haben unschätzbare Bedeutung für die Stabilisierung des Klimas und die Speicherung großer Mengen Kohlenstoffs. Rodung und Degradation machen diese Wälder zu CO₂-Quellen.
4. Energie- und Holzplantagen tragen nicht zum Klimaschutz bei. Sie sind heute schon eine Ursache der Waldvernichtung und des Klimawandels. Es besteht die Gefahr, dass für diese Plantagen noch mehr Urwälder und naturnahe Wälder abgeholzt werden. Plantagen speichern weniger Kohlenstoff als Misch- und Naturwälder, stehen in Konkurrenz zu anderen Landnutzungsformen (Nahrungsmittelproduktion) und sind als Monokulturen sehr anfällig.

Die Japanische Agentur für Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung stellt 5 Millionen Dollar für ein Entwicklungshilfe-Projekt in Indonesien bereit. Damit sollen die Holzreste, die bei Umwandlungen von Regenwald in Plantagen anfallen, nicht einfach verbrannt, sondern optimal verkohlt werden. In den Boden eingearbeitet, soll die Holzkohle Kohlenstoff speichern und als Nährstoffaustauscher dafür sorgen, daß die Plantagen mit mehr Kunstdünger versorgt werden können.



20.000 Kilometer Fahrtstrecke in die Atmosphäre gelangen. Gesucht werde nur noch ein passendes Aufforstungsprojekt, mit dem sich das CO₂ binden liesse. Auch durch den Kauf eines Regenwaldstückes könnte man entsprechende Kohlenstoffmengen festlegen. In der Annahme, daß der Kunde ohnehin seine gewohnte Fahrleistung erbringe, sei es besser, gleich beim Kauf des Wagens wenigstens für die ersten 20.000 Kilometer den Kohlendioxidmüll fachgerecht entsorgen zu lassen. Mit dem vorgeschlagenen CO₂-Zertifikat könne man Geld für sinnvolle Projekte bereitstellen.

Ein verlockendes Angebot, zumal Gelder für Baumpflanzprojekte und Schutzmaßnahmen sehr knapp sind. Wenn die Leute sowieso Auto fahren, warum sollten sie nicht wenigstens etwas Gutes dabei tun? Von diesem Geschäft könnten alle Beteiligten profitieren. Der Wald, das Klima, der Verein, der Händler und der Autokunde. Bisher kam es nicht zum Deal, denn leider trägt der Vorschlag nicht zum Klimaschutz bei.

Die Zusammenhänge wurden beim Seminar ausführlich diskutiert. Die Antwort auf den Vorschlag kann in vier Sätzen abgehandelt werden: Die aktuelle und historische globale Waldzerstörung hat Wälder selbst zu Klima-

Kyoto-Protokoll gerettet - dem Klima nicht geholfen

■ Der Bonner Kompromiss gefährdet das Klima und bedroht die Wälder

Als der niederländische Premierminister Jan Pronk in Bonn den 'Verhandlungserfolg' verkündete, freute sich auch EU-Umweltkommissarin Margot Wallström: "Wir haben das Kyoto-Protokoll gerettet", sagte sie. "Nun können wir nach Hause gehen und unseren Kindern in die Augen sehen." Einige Vertreter von Umweltverbände klatschten Beifall - aus unserer Sicht eine eher peinliche Angelegenheit. Das erste internationale Klima-Abkommen sei wenigstens ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, hieß es. Die Euphorie mag angesichts des Erfolgszwanges, unter dem die TeilnehmerInnen in nächtelangen Verhandlungen standen, erklärbar sein. Bei Tageslicht besehen ist das Ergebnis beschämend. Ein gelungenes politisches Manöver, aber kein Klimaschutzabkommen: Der Klimakompromiss hilft nicht dem Weltklima und er bedroht die Wälder.

Es ist schon paradox. Bei den Themen Globalisierung und Zukunftsstrategien marschieren die reichen Industrieländer stets vorneweg. High-Tech und futuristische Visionen glänzen in multimedialer Farbenvielfalt, wie zuletzt auf der EXPO 2000. Geht es aber um globale Verantwortung und Zukunftsvorsorge, werden die großen Nationen plötzlich zum Sozialfall. Besonders stolz war man in Bonn darauf, daß der Kompromiss auch ohne die USA gelang. Manche Umweltverbände vergaßen in der ersten Euphorie, daß sie Jahre zuvor das Kyoto-Protokoll noch kritisiert hatten, weil es zu wenig zum Klimaschutz beitrage.

Erstes Opfer: Reduktionsziel

Die für den Kompromiss notwendige Unterstützung von Ländern wie Japan und Kanada wurde teuer erkaufte. Erstes Opfer ist das im Jahre 1997 formulierte Reduktionsziel des Kyoto-Protokolls, das im Bonner Sommer von 5,2 Prozent auf knappe zwei Prozent dahinschmolz. Das ist viel zu wenig! Der Klimaforscher Mojib Latif betont, daß die jährlichen CO₂ Emissionen bis zum Jahre 2050 um etwa 60 Prozent verringert werden müssen (verglichen mit den Emissionen des Jahres 1990), um eine größere Katastrophe abzuwenden. Bis 2100 müssten die

fossilen CO₂-Emissionen auf Null heruntergefahren werden. Die politische Bereitschaft, die Emissionen bis zum Jahre 2012 nur um magere zwei Prozent herunterzufahren reicht nicht aus, um die Abkehr von fossilen Energieträgern einzuleiten. Die Energiewende ist aber die einzige Möglichkeit zur Begrenzung des vom Menschen verursachten (anthropogenen) Treibhauseffektes.

Zweites Opfer: Weltklima

Das zweite Opfer des Bonner 'Verhandlungserfolges' ist das Weltklima: Fraglich ist, ob es überhaupt zu Reduktionen kommt. Bei Ausnutzung aller Schlupflöcher könnten die Emissionen der Industrieländer sogar um 2-3% steigen! Möglich wird dies zum Beispiel durch den Handel mit 'heißer Luft'. Durch den Zusammenbruch der russischen Wirtschaft produziert das Land weniger CO₂ als ihm zugestanden wird. Die eingesparten CO₂-Emissionen kann Russland als 'heiße Luft' (oder Emissionsrechte) an andere Länder verkaufen. Kaufen würden diese Rechte zur Luftverschmutzung solche Länder, die ihre Reduktionsschuld durch diese heiße Luft abtragen, anstatt das Problem der Freisetzung der Treibhausgase an seiner Quelle zu bekämpfen.

Drittes Opfer: Wälder

Der Gipfel der Absurditäten ist aber die Möglichkeit, Wälder als "Treibhaus-senken" anzurechnen - ein Zugeständnis vor allem an Japan und Kanada. Die Japaner wollen sich zum Beispiel das CO₂ als Einsparung anrechnen lassen, das beim Wachstum ihrer heimischen Wälder oder durch von Japan finanzierte Aufforstungsprojekte in den Tropen gebunden wird. Die Waldzerstörung in Südostasien, an der Japan durch seine riesigen Tropenholz- und Papierimporte beteiligt ist, wird nicht berücksichtigt. Anstatt mit Soll und Haben zu kalkulieren, wie es bei jedem Sparbuch üblich ist, wird beim Klimaschutz nur mit dem Haben gerechnet. Damit dürften die Wälder und viele Millionen von Menschen in den Ländern des Südens zu den weiteren Opfern der Bonner Runde zählen - indirekt, nicht direkt betroffen durch klimabedingte Katastrophen, die es zusätzlich geben wird.

Auch Kanada darf sich Wälder anrechnen lassen. In Kanada werden jährlich riesige Urwaldgebiete abgeholzt. Auch dies verursacht CO₂-Emissionen, denn die meisten Holzprodukte (vor allem Papier) landen schon nach kurzer Zeit auf der Deponie und verrotten oder werden verbrannt. Gleichzeitig werden Urwälder, die große Mengen Kohlenstoff speichern, durch öde Monokulturen ersetzt. Diese binden zwar auch CO₂, erreichen aber nie die Speicherfähigkeit der einstigen Urwaldsysteme, zu denen auch die Böden als Speicher zählen.

Die Folgen

Der Handel mit Waldschutz- bzw. Plantagenprojekten zur CO₂-Bindung hat eine einseitige Ausrichtung: Industriestaaten werden ihre Reduktionsschuld in weniger entwickelten Ländern abtragen. Manche sehen die Zeiten des Kohlenstoff-Kolonialismus ('CO₂lonialismus') schon angebrochen. Um auch nur einen Bruchteil der gigantischen CO₂-Emissionen der Industrieländer durch Aufforstungsprojekte zu "binden", würden viele Millionen Hektar Flächen benötigt.

Da Plantagenprojekte in Ländern des Südens nicht viel kosten und sich viele Regierungen über jeden Dollar freuen, der ins Land kommt, sehen die Landbevölkerung und Waldökosysteme schweren Zeiten entgegen. Es besteht die Gefahr, dass Urwälder vernichtet werden, um an ihre Stelle schnellwachsende Plantagenbäume zu pflanzen. Die meisten Flächen, die für eine Aufforstung infrage kommen, werden noch von Ureinwohnern bewirtschaftet und bewohnt - und die hatten auch bisher nicht viel mitzureden. Wie bei großen Staudammprojekten, drohen Umsiedlungen und Vertreibung.

Auf Umwelt- und Menschenrechtsverbände wird nach dieser Bonner Runde viel Arbeit zukommen.

Neue Schikane: Kasernenbau gegen Indianer

■ Militärs bauen Kaserne in Uiramutá im Indianergebiet Raposa Serra do Sol

Die Area Raposa Serra do Sol (AIRASOL) ist eines der größeren Indianergebiete Brasiliens - und seit vielen Jahren ein großer Konflikt-herd. Das 1,6 Millionen Hektar große Territorium ist so groß wie Schleswig-Holstein und liegt im Bundesstaat Roraima, an der Grenze zu Guyana und Venezuela. Bis heute weigert sich der Präsident Brasiliens, mit seiner Unterschrift die Demarkierung des Indianergebietes anzuerkennen. Hintergrund: Lokalpolitiker, Farmer, Viehzüchter und jetzt neu die Militärs machen den Indianern ihre Landrechte streitig.

Im November 2000 begannen Soldaten mit dem Bau einer neuen Kaserne, nur

hundert Meter neben den Häusern der Indianer. Das Projekt ist Teil des umstrittenen 'Calha Norte' Plans, der unter der frühe-

ren Diktatur von den Militärs entwickelt wurde. Calha Norte umfasst eine Reihe von Kasernen, Militärposten, Flugplätzen, und soll die Grenzen Amazoniens sichern und die Region an den Rest Brasiliens anschließen. Die Indianer in Roraima fürchten, daß die Nähe der Militärs die selben Probleme verursachen könnte, wie ähnliche Vorhaben im Yanomami-Gebiet. Sie sind nicht gegen den Bau von Kasernen. Sie wollen aber ein Mitspracherecht bei der Wahl des Standortes, der auf keinen Fall in der Nähe von indianischen Siedlungen liegen soll.

Die Indianer konnten schon im Januar 2001 vor Gericht einen Baustopp erwirken. Kurze Zeit später wird das Urteil aufgehoben, die Feier zur Grundsteinlegung fand am 25. Juli statt. Der Indianerrat von Roraima, CIR (Conselho Indígena de Roraima) übermittelte kürzlich dem Verteidigungsminister Geraldo Quintao ein Dokument und machten ihn für die Konflikte zwischen Indianern und Militärs verantwortlich. Die Militärs lassen nichts unversucht, um die Indianer zur Einwilligung für den Bau der Kaserne zu über-

reden. Ärzteteams der Streitkräfte ziehen durch das Gebiet und präsentieren ein ehrgeiziges Gesundheitsprogramm, obwohl dafür laut Verfassung ohnehin die Nationale Gesundheitsstiftung zuständig ist. Ausgerechnet die Feier zur Grundsteinlegung der Kaserne wurde als Auftaktveranstaltung der Gesundheitskampagne gewählt. Der CIR beklagt die Bevormundung durch das Militär, das beweisen will, daß die Streitkräfte in der Lage sind, die Indianergemeinschaften zu betreuen.

Die Indianer sind gut organisiert. Im April 2001 erst hatten sie eine neue Vorstandschaft und Geschäftsleitung für den Indianerrat CIR gewählt, darunter den Koordinator Jacir José de Souza. Jacir lebt in Maturuca, einem Dorf in der Bergen. Die Bevölkerung der Region gilt als sehr aktiv und kämpferisch, wir hatten in einer früheren Ausgabe über einen Besuch in der Region berichtet.

Ein kleiner Erfolg: Am 24. Juli hat der Bundesrichter Roraimas per Gutachten der Bundesregierung untersagt, eine Schule in der Nähe der einzigen Landepiste bei Uiramutá zu bauen. Der Schulbau stelle eine Gefahr für die indigene Lebensweise dar. Die indigenen Völker, die gegen das Vorhaben sind, waren zuvor nicht angehört worden. Für den CIR ist die Schule ein weiterer Versuch, um die Kaserne und die illegale Gemeindegründung innerhalb von Raposa Serra do Sol zu rechtfertigen.

Uiramutá

Beispielhaft für die Probleme in der Region, in der die vier Indianervölker Macuxí, Wapixana, Ingaricó und Taurepang leben, ist der Konflikt um das Macuxí-Dorf Uiramutá. In den fünfziger Jahren kamen Goldsucher ins Dorf und verursachten massive Probleme durch Alkoholismus, Ausbeutung, Prostitution und Gewalt. Als die Goldvorräte zur Neige gingen, verließen die meisten Goldwäscher die Gegend, und Anfang der achtziger Jahre waren die Indianer wieder Herr der Lage.

Im Jahre 1985 kam es zur nächsten Invasion von Goldsuchern. Unterstützt wurden sie von der Regierung des Bundesstaates Roraima, die mit Aktionen wie dem Bau einer Straße die "Inte-

gration" der entlegenen Region vorantreiben will. Uiramutá wurde erneut von Goldsuchern besetzt, Alkohol und Prostitution machten sich breit. Viele Indianer starben an eingeschleppten Krankheiten und Gewaltverbrechen.

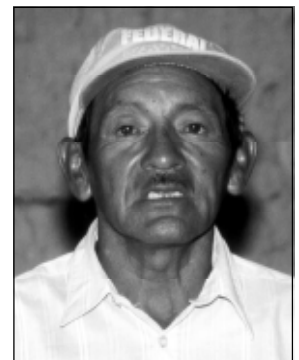
Inzwischen waren die Indianer aber besser organisiert, und die Anwesenheit der Goldsucher machte deutlich, wie dringend die offizielle Anerkennung des Indianergebietes war. Als die Indianerbehörde FUNAI im Jahre 1993 endlich die nötigen Schritte zur Anerkennung des Gebietes vollzogen hatte und dem Justizministerium gegenüber Zustimmung erklärte, entzündete sich ein heftiger Streit. Die Regierung Roraimas unternahm alles erdenkliche, um die Kontrolle über das Indianergebiet zu verstärken. Nachdem man mit dem Bau eines Staudammes am Widerstand der Indianer gescheitert war, wurde das Indianerdorf Uiramutá zur 'Stadt' erklärt. Dagegen klagte der Indianerrat Roraimas (CIR) vor dem Bundesgericht, eine Entscheidung steht bis heute aus. Die Indianer warfen die Goldsucher wieder aus dem Gebiet und schlossen die Goldminen. Damit war der 'Stadt' die wirtschaftliche Grundlage entzogen.

Heute ist Uiramutá ein geteiltes Dorf. Auf der einen Seite der alte Kern der Ortschaft, der von 110 Weißen bewohnt und "Stadt" genannt wird. Auf der anderen Seite das neue Dorfzentrum, in dem heute die Mehrheit von etwa 400 Indianern lebt. Die Lage ist angespannt. Neben unzähligen kleineren Streitigkeiten kommt es immer wieder zu Konflikten wie Brandstiftung, Überfällen und Mordanschlägen seitens der Weißen.

Pro REGENWALD unterstützt seit vielen Jahren die Arbeit des CIR. Alle, die unter dem Stichwort AIRASOL 100,-DM und mehr spenden, erhalten als Dankeschön ein farbiges Poster der AIRASOL-Kampagne (49 x 68 cm).



Blick auf die 'Stadt' Uiramutá



Orlando war lange Jahre abhängig von den Goldsuchern, wurde gehalten wie ein Sklave und war dem Alkohol verfallen. Heute ist er einer der respektierten Führer in Uiramutá

Mehr AktivistInnen braucht das Land !

■ Interview mit Daniela Höfelmann über 6 Wochen Praktikum bei Pro REGENWALD

Daniela, du hast dich im April kurzfristig entschlossen, bei Pro REGENWALD ein Praktikum zu machen - wie kommst du dazu?

Daniela: Ziemlich verrückt - da sind verschiedene Punkte zusammengekommen: Erstens habe ich auf meinen Reisen immer wieder gesehen, wie alles kaputtgemacht wird - besonders bei den Riften in Bali hat mich das mitgenommen und ich wollte wissen, warum keiner was dagegen macht.



Zweitens plane ich im Herbst mit einem Biologiestudium anzufangen, und drittens wollte ich vorher schon sehen, wie eine Umweltorganisation arbeitet.

Warum gerade Pro REGENWALD?

Zuerst wusste ich nicht, wo man in München so ein Praktikum machen kann. Dann habe ich mich im Umweltladen erkundigt und die hatten eine Liste mit verschiedenen Organisationen, darunter auch Pro REGENWALD. Da habe ich angerufen - auch weil ich Regenwald interessant finde - und nach einem kurzen Besuch wenige Tage später war alles gebongt, das war total unbürokratisch.

Welche Vorkenntnisse bringst du denn mit?

Mit Umwelt und Regenwald haben die gar nichts zu tun. Ich habe eine Heilpraktikerausbildung gemacht, wollte aber in dem Bereich nicht arbeiten. Eigentlich dachte ich, daß ich viel zu wenig Vorkenntnisse für Umweltschutzarbeit habe. Einfache PC-Kenntnisse und paar Erfahrungen aus einem früheren Praktikum in einer PR-Agentur - so Dinge halt, die jeder Mensch irgendwann mitbekommen hat.

Was hast du in den sechs Wochen Praktikum dann gemacht?

Meine Zeit bei Pro REGENWALD ist gerade mit der Startzeit der Waldseite - einem neuen Internet-Projekt - zusammengefallen, und ich habe eigentlich Vollzeit und recht eigenständig nur dafür gearbeitet. Das war richtig super, hat zu meinen Kenntnissen gepasst und es war in der kurzen Zeit ohne lange Einarbeitung machbar. Es geht darum, Werbekunden zu kontaktieren und für die Seite zu gewinnen und auch dafür zu sorgen, daß die Presse von dem Projekt erfährt.

Also hast du gar nicht so richtig als Umweltschützerin gearbeitet?

Du weißt doch selbst, daß Umweltschutz meist unspektakuläres Rumgewurschtel ist. Das habe ich im Praktikum unter anderem gelernt. Mühsame Kleinarbeit, oft auch so Verwaltungskram. Trotzdem, die Waldseite ist doch total Umweltschutz: Erstens wird damit Geld für Projekte gesammelt und zweitens finde ich, hat es sehr viel mit Bewußtseinsbildung zu tun. Bei den Leuten die täglich Klicken - und ich glaub' viel mehr noch bei den ganzen Firmen, die wir als Unterstützer gewinnen wollten.

Was unterscheidet denn eine aktive Umweltschützerin vom Normalmenschen?

Eigentlich sollten wir ja alle aktive Umweltschützer sein, denn daß alles kaputtgeht weiß doch jeder, diesen Infos kann man sich ja nicht entziehen. Ich glaub' die Aktiven tun's einfach, als ob sie so programmiert wären. Und sie glauben daran, daß sie etwas bewegen können. Was mich aber total betroffen gemacht hat, ist auch der finanzielle Druck unter dem oft gearbeitet werden muß. Da machen ein paar Leute anerkannt gute Arbeit zu einem superwichtigen Thema, sie sind Anlaufstelle für Organisationen in Südamerika und Asien und die haben den Überblick über all die politischen Prozesse - und dann haben die einfach kein Geld. Und wenn ich dann so einen Normalmenschen aus einer Firma am Telefon hatte, der mit sechsstelligen Werbeetats jongliert, aber

nichtmal 1000 Mark für unser Projekt zur Verfügung hat, dann ... also was ich damit sagen will: Der Unterschied zwischen Umweltschützerin und Normalmensch macht sich an den kleinen Entscheidungen fest - jeden Tag.

Und wie ist das jetzt bei dir?

Mehr Umweltschützerin oder ...

Ich fang' klein an: Obwohl ich sie total gerne mag, werde ich keine Shrimps mehr essen. Das war so eine Sache, über die ich mich im Praktikum neu informieren konnte. Und dann daß Chiquita auch so ein Problemfall ist - oder die Scheiße mit den Teakholzmöbeln. Naja - dann muß ich noch ein wenig nachdenken: aber ich glaube, ich könnte diese totale Gleichgültigkeit zu diesen Umweltaktivitäten gerade in der Wirtschaft

- wie ich es aus vielen Telefonaten in Erinnerung behalten habe - und diesen Frust, der sich da dann aufbaut, auf Dauer nicht ertragen. Andererseits, wenn die sich über sowas wie die Waldseite mit den Problemen befassen dann bewegt sich vielleicht doch was. Auf alle Fälle werde ich - wenn mich mein Studium nicht doch woanders hin verschlägt - in Zukunft immer mal wieder bei Pro REGENWALD auftauchen und mithelfen.



Und zum Praktikum jetzt so rückblickend?

War echt okay! Hat mir Antworten auf meine Fragen gegeben, die Leute waren nett und ich hab' auch festgestellt, daß ich mich - ohne jetzt die Expertin zu sein - wirklich nützlich machen konnte. Die Zeit ist wie im Flug vergangen, und ich würde zukünftigen Praktikanten empfehlen, mindestens 2 Monate zu bleiben: je länger man dabei ist, umso besser kennt man sich aus.

Pro REGENWALD sucht ständig PraktikantInnen zur Verstärkung des Teams. Wir wünschen uns nette Menschen, die mindestens 4 Wochen (länger ist besser) Zeit haben, engagiert sind, gute Ideen haben, etwas lernen wollen und uns natürlich auch bei guter Laune halten. Aktuelle Infos gibt es auf der Website unter 'Aktiv'. Anprechpartnerin ist Claudia Wagner

REGENWALD - MANCHMAL NOCH SCHULE UND ABENTEUERSPIELPLATZ

Kannst du dir vorstellen in einer Gegend zu leben, in der Häuser keine Wände haben, man keine Handschuhe und Mützen tragen und sich zum Baden nicht ausziehen muss. Wo man jeden Tag draußen spielen kann, auf Bäume klettern und Wildschweine jagen muss, wo es keine Straßen, Kühlschränke, Fernseher und Computerspiele gibt? Das gibt es nicht, denkst du?

Die Kinder gehen, anders als bei uns, im Wald in die Schule, schließlich müssen Sie ja lernen was man so zum Überleben im Regenwald braucht. Sie müssen wissen, welche Tiere und Pflanzen essbar, welche giftig sind. Sie lernen, wie man mit Blasrohr und Giftpfeilen Wildschweine, Affen, Pythons und Vögel erlegt und mit dem Speer Fische fängt. Sie lernen Medizinalpflanzen zu erkennen und einzusetzen. Sie gehen mit ihren Müttern auf die Suche nach Sagopalmen, deren Mark ihr Grundnahrungsmittel ist, so wie bei uns Nudeln oder Kartoffeln. Außerdem bringen sie von ihren ausgedehnten Streifzügen Nüsse, schmackhafte Farne und reife Früchte von den über 300 essbaren Arten mit. Diese wachsen, wie auch alle anderen Baumarten des tropischen Regenwalds, weit verstreut und bestimmen so die Wanderwege der Penan.

Obwohl sie mit sich und der Umwelt im Einklang leben sind sie, wie die anderen Regenwaldvölker vom Aussterben bedroht. Warum?

Seit der Mitte des 20. Jahrhunderts werden in rasantem Tempo Regenwaldgebiete durch Straßen erschlossen. Der Lebensraum von Ureinwohnern wird für Holz, Gold, Erze, Öl und die Anlage von Plantagen gerodet und verbrannt.



Zwei Drittel der Urwälder Borneos sind allein in den letzten 20 Jahren vernichtet worden.

Auch Kinder hier in Deutschland können viel für den Schutz der Regenwälder tun. Was, willst du wissen? Wir kennen viele Möglichkeiten - und wenn es dich interessiert, dann schreib' und frag' uns. Wenn wir den Penan und den anderen Ureinwohnern helfen und den Regenwald schützen wollen - dann geht das mit deiner Hilfe noch besser. Für kommenden Herbst planen wir Aktionstage zum Regenwaldschutz und da bräuchten wir auch deine Unterstützung. Also unbedingt melden!

Unsere Adresse: Pro **REGENWALD**, Frohschammer Str. 14, 80807 München - Fax: 089-359 6622



Noch gibt es sie. In fernen Ländern wie Brasilien oder Malaysia. Manche leben sogar ohne moderne Zivilisation als Nomaden im Regenwald (wie die Penan), d.h. sie ziehen einfach so herum. Der Wald bildet ihre Lebensgrundlage. Je nach Nahrungsangebot ziehen die Sippen, die aus wenigen Familien bestehen, alle 2 bis 6 Wochen weiter. Das ist nicht so problematisch, wie es sich anhört. Die Häuser der Penan sind nicht wie bei uns aus Ziegel oder Beton in monatelanger Arbeit errichtet, sondern sind einfache Hütten mit einem Dach aus Palmblättern, die innerhalb weniger Stunden fertiggestellt werden. Wände braucht man nicht gegen die Kälte, es ist ja immer warm - aber ein Dach gegen die heftigen tropischen Regengüsse. Meist stehen die Häuser auf Pfählen, als Schutz gegen giftige Käfer und Tausendfüßler. Eltern, Kinder und die Jagdhunde leben unter einem Dach. Die wenigen Besitztümer, wie Äxte, Kochgeschirr, etc. werden hier aufbewahrt. Es gibt Schlafstellen und eine Feuerstelle, aber keine Möbel. Wer braucht schon Schränke, wenn man keine Kleider hat oder keine Schulbücher aufheben muss?

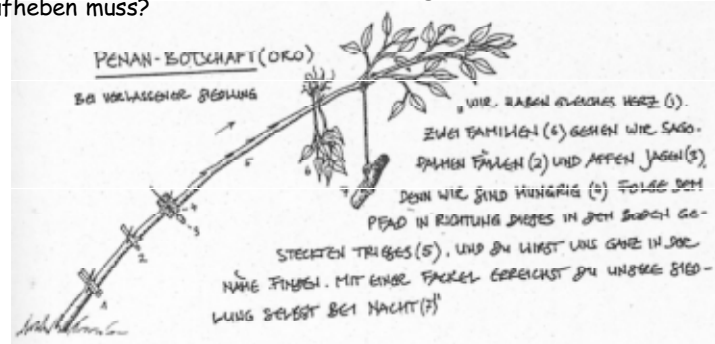
Jede Gruppe kennt die Standorte aller für sie wichtigen Pflanzen und sucht immer wieder auf wenn sie nachgewachsen sind.

Manche Kinder wissen mehr über den Regenwald als Wissenschaftler, die ihn viele Jahre studiert haben. Die Kinder lernen auch, Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände mit ihren Nachbarn zu teilen, denn im Regenwald ist das gegenseitige Helfen überlebenswichtig. Die Penan sind ein äußerst friedfertiges Volk, Konflikte werden gemieden oder im Gespräch gelöst.



Beim Hausbau helfen auch die Kleinen mit. Das Baumaterial muß nicht weit geschleppt werden - es wächst vor der Tür

Die Penan schreiben ihre Briefe mit Hilfe von Zweigen, Blättern und Steinen, die am Pfad als Botschaften zurückgelassen werden. Sie zeigen damit an, wieviele Familien wie weit in welche Richtung gezogen sind und warum, ob sie dich heißen zu warten oder zu folgen. Symbole warnen dich vor Gefahr, erzählen von Hunger, Krankheit und Tod.



Wenn die Ureinwohner nicht in eine andere Gegend oder sogar in die Städte ziehen wollen, wo sie sich nicht auskennen und oft in größter Armut leben würden, müssen sie für ihre Landrechte kämpfen. Sie tun dies meist in Form gewaltloser Demonstrationen. Die Penan beispielsweise versuchen mit Straßenblockaden ihren Regenwald vor den Holzfällern zu schützen. Obwohl sie für den Einsatz für ihr Land verhaftet oder sogar getötet werden, hören sie nicht mehr auf, für das Überleben ihrer Kultur einzustehen. Organisationen wie Pro **REGENWALD** helfen ihnen dabei.

■ letzte Meldungen aus aller Welt

Finanziert WestLB Pipeline?

Die Westdeutsche Landesbank beteiligt sich voraussichtlich an der Finanzierung einer neuen Erdöl-Pipeline durch den Regenwald Ecuadors. Zahlreiche Umweltverbände und indigene Völker protestieren seit längerer Zeit und klagen neuerdings gegen das 900 Millionen Dollar-Projekt, das elf wertvolle Schutzgebiete bedroht und zum Anstieg der Ölförderung beiträgt. Die WestLB ist das größte öffentlich-rechtliche Kreditinstitut in Deutschland. Ob die für August vorgesehene Vertragsunterzeichnung zustandekommt, war von der Bank nicht zu erfahren. Die Überlegung, daß ein Ausstieg aus der Ölförderung aktiver Klimaschutz ist, scheint der WestLB noch fremd zu sein. **Pro REGENWALD** betreibt dazu eine stark frequentierte Aktion online.

USA: Holzmulti attackiert RAN

Die US-Holzfirma Boise Cascade finanziert eine Kampagne gegen die Umweltorganisation Rainforest Action Network (RAN). Der Holzkonzern, der als einer der größten Waldzerstörer gilt, hat Förderer der NGO mit Drohbriefen bedrängt und will sogar erreichen, daß RAN den Status der Gemeinnützigkeit verliert. Während andere Holz- und Handelsfirmen unter dem Druck von NGOs und Verbrauchern ihre Geschäftspraktiken nach ökologischen und sozialen Kriterien ausrichten, rechnet sich Boise Cascade offenbar Chancen aus, während der Regierungszeit von Präsident Bush einen unliebsamen Gegner auszuschalten. Weitere Infos dazu gibt es direkt auf der Website von RAN unter <http://www.ran.org>

Kritik an FSC-Siegel von PT Diamond Raya

Die Rainforest Foundation (London) und WALHI (Indonesien) haben den Zertifizierer SGS Qualifor aufgefordert, das FSC-Siegel der indonesischen Holzfirma PT Diamond Raya unverzüglich abzuerkennen. Demnach verstößt die Firma, die in der Provinz Riau (Sumatra) Holzschlag in einem Urwald betreibt, gegen mehrere Kriterien des FSC. Der Schutz des dort vorkommenden und vom Aussterben bedrohten Sumatra-Tigers sei nicht gesichert. Probleme gibt es auch mit illegalem Holzschlag und mangelnder Kooperation mit der Bevölkerung. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen, vor Ende Oktober ist kein Ergebnis zu erwarten.

■ Neuigkeiten aus unserem Büro



Impressum

DER News-Letter WIRD IN UNREGELMÄSSIGEN ABSTÄNDEN HERAUSGEGEBEN. FÖRDERMITGLIEDER UND FREUNDINNEN ERHALTEN EIN EXEMPLAR.

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Hermann Edlmann, László Maráz, Hedwig Friedrich, Claudia Wagner, u.a.

Kritik, Anregungen und Rückfragen bitte an:

Pro REGENWALD

Frohschammerstr.14, 80807 München
Tel: 089-359 8650, Fax 089-359 6622
e-mail: info.wald@gmx.de oder
prmunic@amazonas.comlink.apc.org
<http://www.pro-regenwald.de>

Postbank München

Konto-Nr. 1490 70-800, BLZ 70010080

Bank für Sozialwirtschaft München

Konto-Nr. 8819 500, BLZ 700 205 00

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit durch eine Spende oder Fördermitgliedschaft

Im Rahmen ihres Studiums der Landschaftsarchitektur unterstützte uns die Berlinerin **Morena Neumann** während der letzten Semesterferien mehrere Wochen lang als Praktikantin. Sie kümmerte sich noch um die Gestaltung der Waldseite und vor allem auch mir der Suche nach Werbekunden für das neue Projekt. Ganz nebenbei konnte sie sich auch über verschiedene umwelt- und entwicklungs-politische Themen informieren, zu denen Pro REGENWALD arbeitet.



Was **Renate Lossau** schon immer wissen wollte, wird sie jetzt während eines Praktikums bei uns erfahren. Sie arbeitet zwar seit Jahren bei der venezolanischen Umweltorganisation CINECO mit, will aber auch einmal den organisatorischen Ablauf bei Pro REGENWALD kennenlernen und dabei neue Tipps und Ideen für ihr Engagement in Venezuela mitnehmen. Der zweimonatige Aufenthalt soll auch dazu beitragen, die zukünftige Zusammenarbeit zwischen beiden Verbänden zu verstärken.



Besuch ganz besonderer Art hatten wir aus Sarawak. IDEAL-Chef **Wong Meng Chuo** hat nach Jahren Reiseverbot diesen Sommer wieder seine Papier erhalten und ist auf Einladung des Bruno Manser Fonds und **Pro REGENWALD** nach Europa gekommen. Beide Verbände organisierten für den 'alten' Kooperationspartner



eine Rundreise und Termine in Ministerien, bei Kampagnentreffen und NGOs. Von besonderem Interesse für den Gast waren die Themen ITTO

und Tropenholzhandel, das FOMISS-Projekt sowie die Zertifizierung,

Diese Art der Unterstützung ist sehr zeitraubend, kostenintensiv und zeitigt nicht sofortige Ergebnisse. Neben der Finanzierung der Reisekosten fällt vor allen Dingen die ständige Begleitung der Besucher zu diversen Termin ins Gewicht. Wir wissen aber Spendengelder für solche Lobbyreisen gut angelegt, dienen sie doch der Stärkung der Umweltbewegung.

Aus allen Nähten geplatzt: Seit August haben wir zwei zusätzliche Räume angemietet können. Damit ist endlich Platz für störungsfreien Betrieb.

Die Waldseite: Täglich klicken für den Regenwald

■ Internetseite macht Regenwaldretten einfacher - Powerklicker besonders effizient

Tausende Quadratmeter Regenwald werden jede Minute zerstört und es gibt anscheinend nur wenige Möglichkeiten, dies aufzuhalten. Hier stellen wir eine neue vor, denn seit Mai gibt es den roten Stoppschalter auf der Internetseite www.diewaldseite.de

Das Prinzip der Waldseite ist einfach: Internetnutzer klicken auf einen Stop-Button und werden auf eine Seite mit Werbeeinblendungen diverser Firmen weitergeleitet, die dann Pfenningbeträge zur Projektunterstützung zahlen. "Auf den ersten Blick sind diese 18 Pf pro Klick nicht viel", meint die Waldseiten-Koordinatorin Michaela Beyerle, "doch

bei 1000 Klicks pro Tag sammeln wir über 5.000 DM pro Monat für die Projekte. Und damit kann schon gut gearbeitet werden."

Die Mittel werden von Unternehmen aufgebracht, die sowohl auf einem p f i f f i g e n Werbeplatz präsent sein als auch einen konkreten Beitrag zum Waldschutz leisten wollen. Malte Heynen, der Betreiber der Recherchetipps-Website rech-

net mit einer hohen Durchklickrate auf seine eigene Website: "Wir haben festgestellt, daß Bannerschaltung auf witzigen oder interessanten Plätzen sehr effizient ist und unerwartet viele auf unsere Seite aufmerksam gemacht werden. Ich finde es toll, wie ich auf der Waldseite Werbung und Unterstützung für Regenwaldprojekte verbinden kann"

Die Waldseite will aber mehr als Geld einspielen. Über einen Link können BesucherInnen der Waldseite bequem zu einem Eil-Aktionsformular gelangen. Vor dort kann zu einem aktuellen Miss-

stand eine Protestmail verschickt werden. Im Juni haben sehr viele Klicker davon Gebrauch gemacht und ihre Mail zur Befreiung der unschuldig inhaftierten mexikanischen Umweltschützer abgeschickt. Damit immer mehr Menschen die Waldseite als ihre 'Aktionsplattform' kennenlernen, ist ein Freudenbenachrichtigungsformular eingerichtet.

"Mit der Waldseite bieten wir nun allen InternetbenutzerInnen ein Instrument, um täglich ihre kleine Aktion zur Rettung der Regenwälder zu starten" sagt Michaela Beyerle. "Es ist wie eine Abstimmung: Je mehr Menschen klicken, umso lauter wird auch die Forderung, endlich die Zerstörung der Wälder zu stoppen".

Powerklicker im Kommen

Auf Anregung eines Klickers - dem seine tägliche Klickspende von 18 Pf zu wenig war - hat **Pro REGENWALD** Mitte Juni die Powerklicker eingeführt. Powerklicker buchen und bezahlen ein Klick-Budget im Wert von 40 DM. Immer dann wenn sie klicken, werden von ihrem Budget 18 Pf zusätzlich zur Spende des Werbepartners auf das Projekt gebucht: ihr Klick zählt damit doppelt!



Folgende Unternehmen haben bisher die Waldseite als Werbepartner unterstützt: AllesBioKäse, Aurn Naturfashion, Der Badshop, Hauser exkursionen, HEAG Natur Pur, Hibbeln Fotowerbung, Kinder Naturtextilien, OBI, Recherchetipps.de, Top-Emma Naturkost, united nature die unter den folgenden Adressen zu erreichen sind:

www.allesbiokaese.de
www.aurn-naturfashion.de
www.mein-schoenes-bad.de
www.hauser-exkursionen.de
www.naturpur-ag.de/index2.htm
www.hibbeln.de
www.kinder-naturtextilien.de
www.obide.de
www.recherchetipps.de
www.top-emma.de
www.unitednature.de

Die Projekte auf der Waldseite

Pro REGENWALD hat Projekte ausgewählt, die für diverse Ansätze zum Regenwaldschutz stehen. Eines davon wird - durch Zufall oder vom Klicker über ein Menü selbst ausgewählt - bei einem Klick auf den Button unterstützt.

Land sichern - Mapping

In Sarawak (Malaysia) kämpfen Ureinwohner seit Jahren für ihr Landrecht und gegen die Vernichtung ihres Lebensraums. Um ihre Ansprüche durchsetzen zu können, müssen sie die Grenzen ihrer Gebiete vermessen und dokumentieren (siehe Seite 2).

Bäume pflanzen - Aufforstung

Viele Waldgebiete sind so zerstört, dass die Wasserversorgung ganzer Regionen gefährdet ist. In Costa Rica bepflanzen Kleinbauern Quellgebiete und kahle Hänge und stabilisieren damit das lokale Klima und sensible Ökosysteme.

Zerstörung stoppen - Forest Watch

Nur rund 20% der ursprünglichen Bewaldung der Erde sind heute noch erhalten. In vielen Regionen wird Wald zerstört, obwohl die Bevölkerung sich dagegen wehren würde. Forest Watch hilft modellhaft Betroffenen in Malaysia und Brasilien, selbst besser gegen diese Zerstörung zu kämpfen.

Politik beeinflussen - Lobby-Arbeit

Regenwaldzerstörung ist häufig auf falsche politische Entscheidungen zurückzuführen. Gezielte Informationsarbeit bei Entscheidungsträgern und Hinterfragen der Grundlagen sorgen für Transparenz. Ihr Klick unterstützt geeignete Initiativen und Aktionen.